



Nr. 6 des Grossen Gemeinderates (GGR)

Datum/Zeit	Donnerstag, 16. Dezember 2010 von 16.30 - 19.30 Uhr	
Ort	Im TELL-Saal, Bernstrasse 101	
Vorsitz	Müller Lucia (SVP)	1
Stimmzähler	Schär Roger (parteilos) und Rüfli Roland (FORUM)	2
Anwesend	<i>SP/Grüne/Gewerkschaften/parteilose:</i> Biner Jacques, Burkhalter Hans-Rudolf, Dogan Aziz, Grossniklaus Bruno (<i>ab 16.55 Uhr</i>), Hirt Bruno, Kehrli Rudolf, Mahler Rudolf, Nova Colette, Riesen Norbert, Schärer Liliane (<i>ab 16.40 Uhr</i>), Scheidegger Jürg-Sven (<i>ab 17.15 Uhr</i>)	11
	<i>SVP:</i> Blaser Erich, Hausammann Hans-Rudolf, Hirsiger Ernst, Landolf Marianne, Truog Markus, Weber Beat, Wegmüller Thomas	7
	<i>EVP:</i> Bolliger Renate, Fels Silvia, Schröter Bruno, Wagner Peter, Wagner Rahel	5
	<i>FORUM:</i> Bendoza Thomas, Bruderer Walter, Schenk Madeleine	3
	<i>FDP:</i> Gfeller Heinz, Leumann Beat (<i>ab 17.10 Uhr</i>), Wegmann Peter, Werner Michael	4
	<i>CVP:</i> Löhner Sandra, Rippstein Eduard	2
	<i>Total anwesend</i>	<u>35</u>
	<i>Gemeinderatsmitglieder</i> Zahler Christian (Gemeindepräsident), Baumgartner Gerhard, Ernst Synes, Iten Thomas, Lüthy Ursula, Panayides Alike Maria, Rüedi Urs, Unteregger Schütz Regula sowie Gemeindeschreiberin Meyer Marianne	
Protokollführer	Jürg Kumli, Ratssekretär	
Entschuldigt	<i>GGR-Mitglieder:</i> Mantarro Alessandra (FORUM), Wegmüller Nadine (SVP), Zaugg Gerhard (SVP), Wiedmer Rudolf (SP), Zeyer Christian (SP)	

TRAKTANDEN

59. Wahl des Büro des Grossen Gemeinderates (GGR) pro 2011.....	238
60. Wahl Präsidium und Vizepräsidium der Geschäftsprüfungskommission (GPK) pro 2011	240
61. Planungskommission; Ersatzwahl	241
62. Tiefbaukommission; Ersatzwahl.....	242
63. Prognose der Gemeindeentwicklung; Grundlage für den Finanzplan - Kenntnisnahme	243
64. Voranschlag der Laufenden Rechnung 2011 mit Festlegung der Steueranlagen und der Hundetaxe; Genehmigung	246
65. Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2011 bis 2015; Genehmigung	261
66. Orientierung des Gemeinderates	267
a) Gartencenter Wyss; Spatenstich im Frühjahr 2011	267
b) Verwaltungszentrum: Poststrasse 6 - Mietofferte.....	267
c) Gemeindebetriebe; Auslagerungsüberprüfung	267

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Die Präsidentin:

Der Protokollführer:

Lucia Müller

Jürg Kumli

Die Stimmzähler:

Der Stimmzähler:

Roland Rüfli

Roger Schär

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 6. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer und die Pressevertreter und Pressevertreterinnen herzlich willkommen.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf.

Momentan sind 31 Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen der Ratspräsidentin

1. Die Parlamentsmitglieder Alessandra Mantarro (FORUM) und Bruno Schröter (EVP) haben per 31. Dezember 2010 demissioniert.
2. Auf die „Transferliste“ liessen sich die Herren Erich Blaser (SVP) und Peter Wegmann (FDP) setzen. Sie wechseln per 1.1.2011 die „Fronten“ resp. sitzen neu am GR-Tisch. Sie werden Urs Rüedi (SVP) sowie den verstorbenen Egon Julmi (FDP) ersetzen.
3. Gestützt auf Artikel 33 der GO des GGR nimmt zu den Traktanden Nr. 64 und 65 (Budget und Finanzplan), Frau Anna Rüedi (anstelle des erkrankten Finanzverwalters), an der heutigen Sitzung teil.
4. Ebenfalls gestützt auf Artikel 33 der GO des GGR nimmt zu Traktandum Nr. 64 (Budget bzw. WoV) der Projektleiter Behörden- und Verwaltungsreform, Herr David Keller, an der heutigen Sitzung teil.
5. Auf den Tischen wurden die folgenden Unterlagen verteilt:
 - ① Traktandum Nr. 64 (Budget): Korrigierte Produktgruppendifinition der Abteilung Vormundschaft/Justiz
 - ① Traktandum Nr. 64: Voranschlag 2011; Wiederkehrende freiwillige Beiträge und Leistungen
 - ① Traktandum Nr. 65 (Finanzplan): Zwei Antworten seitens Hochbau zu Fragen von GPK-Mitglied Rudolf Kehrl (SP).
 - ① Partei- und Fraktionspräsidenten: Adressliste Stand Oktober 2010
 - ① „Willkommen in Ostermundigen“; Informationsbroschüre 2011
6. Die erste Sitzung im neuen Jahr findet am 17. Februar statt.

Traktandenliste

Traktandum Nr. 66: Orientierungen des Gemeinderates

- a) Gartencenter Wyss; Spatenstich im Frühjahr 2011 (Sprecher Ch. Zahler)
- b) Poststrasse 6; Mietofferte der Eigentümerschaft (Sprecher: Ch. Zahler)
- c) Gemeindebetriebe; Auslagerungsüberprüfung (Sprecher S. Ernst)

Die GGR-Mitglieder fassen stillschweigend den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird mit den erwähnten Ergänzungen genehmigt.

10.6.11 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)

59. Wahl des Büro des Grossen Gemeinderates (GGR) pro 2011

Präsidium

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Als Präsident des GGR wird auf Vorschlag der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion einstimmig gewählt:

Norbert Riesen (SP)

1. Vizepräsidium

Als 1. Vizepräsident des GGR wird auf Vorschlag der FDP-Fraktion einstimmig gewählt:

Michael Werner (FDP)

2. Vizepräsidium

Als 2. Vizepräsident des GGR wird auf Vorschlag der SVP-Fraktion einstimmig gewählt:

Markus Truog (SVP)

Zwei Stimmzähler

Als Stimmzähler des GGR werden auf Vorschlag der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion sowie der FORUM-Fraktion einstimmig wiedergewählt:

Roland Rüfli (FORUM)

Roger Schär (parteilos)

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Ich gratuliere allen ins Ratsbüro gewählten Parlamentsmitglieder ganz herzlich zu ihrer Wahl.

¹⁾

1. Vizepräsident Norbert Riesen (SP): Im Namen des Büros des GGR möchte ich Lucia Müller den besten Dank für ihr Präsidialjahr aussprechen. Lucia hat eine grosse Affinität zu Produkten aus der Türkei, Persien und Arabien: Das Thema "Tulpen" ist ein Importprodukt aus dem persischen und türkischen Raum und ich fand die Tulpenaktion eine tolle Idee und freue mich auf deren blühen im nächsten Frühling.

¹⁾ Liliane Schärer (SP) nimmt ab 16.40 Uhr an der Sitzung teil. Somit sind 32 Ratsmitglieder anwesend.

Herzlichen Dank für die kompetente Sitzungsleitung. Der Ratssekretär hat dir ein Präsent in Form eines Gutscheines des Gartencenters Wyss besorgt.

- - - - - **A p p l a u s** - - - - -

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Besten Dank für das in mich gesetzte Vertrauen. Ich werde bei meinem Schlussvotum noch ein paar Worte an euch richten.

Ich habe vergessen, die Mitglieder des Büros des GGR anzufragen, ob sie überhaupt die Wahl annehmen werden?

Diese nehmen die Wahl ausnahmslos an.

10.6.11 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)

60. Wahl Präsidium und Vizepräsidium der Geschäftsprüfungskommission (GPK) pro 2011

Präsidium

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Als Präsident der GPK wird auf Vorschlag der FORUM-Fraktion einstimmig gewählt:

Walter Bruderer (FORUM)

Vizepräsidium

Als Vizepräsident der GPK wird auf Vorschlag der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion einstimmig gewählt.

Rudolf Mahler (SP)

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Die beiden Herren nehmen die Wahl an. Ich gratuliere den beiden Herren ganz herzlich zu ihrer Wahl.

10.6.12 Planungskommission

61. Planungskommission; Ersatzwahl

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Auf Vorschlag der SVP-Fraktion fasst der GGR einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Als Ersatz für den zurückgetretenen Erich Blaser (SVP) wird Zaugg Gerhard (SVP), Obere Zollgasse 89, 3072 Ostermundigen, für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2012 als Mitglied der Planungskommission gewählt.

10.6.22 Tiefbaukommission

62. Tiefbaukommission; Ersatzwahl

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Auf Vorschlag der SVP-Fraktion fasst der GGR einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Als Ersatz für den zurückgetretenen Erich Blaser (SVP) wird Hausammann Hans-Rudolf (SVP), Wiesenstrasse 14, 3072 Ostermundigen, für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2012 als Mitglied der Tiefbaukommission gewählt.

20.2.00 Allgemeines

63. Prognose der Gemeindeentwicklung; Grundlage für den Finanzplan - Kenntnisnahme

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Walter Bruderer (FORUM): Besten Dank für die interessante Botschaft. Ich möchte ein paar Anmerkungen anbringen:

- Wir bitten den Gemeinderat, schriftlich zu definieren, was er unter "Wohnqualität" genau versteht. Bei mehreren Geschäften haben wir eine andere Vorstellung gehabt. Immer hat die Exekutive oder die Verwaltung zu Gunsten von Bauherrschaften bzw. Neuzuzügern gehandelt, d. h. die seit Jahren in Ostermundigen ansässigen Steuerzahlenden vernachlässigt. Dies könnte ein Grund sein, dass gute Steuerzahler NICHT mit oberster Priorität nach Ostermundigen zügeln oder sogar eher von Ostermundigen wegziehen.
- Schade ist z. B. auch, dass neu erschlossene Gebiete nicht gleichzeitig mit dem Bezug der Wohnungen mit dem öV erschlossen sind (z. B. Jurablickweg oder seinerzeit Dennigkofen-Süd).
- Wichtig wäre, in der Botschaft betreffend Einwohnerzuwachs aufzuzeigen, wie er sich zusammensetzt. Es bringt wenig bis nichts, wenn der Anteil guter Steuerzahler nicht bedeutend grösser ist als der Anteil der Neuzuzüger, die keine oder wenig Steuern zahlen.
- Die Kosten für jene ausländischen Zuzügerinnen und Zuzüger, die von der Gemeinde persönliche oder finanzielle Unterstützung brauchen, müssen künftig vom Kanton oder vom Bund übernommen werden.

3)

Markus Truog (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Botschaft, welche wir mit Interesse studiert haben.

Wie schon in den vorherigen Jahren legt die SVP-Fraktion immer noch Wert darauf, dass nicht nur das zahlenmässige Wachstum der Bevölkerung, der Wohneinheiten und der Arbeitsplätze erwünscht ist. Bei all diesem Wachstum ist die Qualität unserer Gemeinde nicht zu vernachlässigen.

Aus unserer Sicht ist unbedingt auf eine positive Bevölkerungsstruktur hinzuwirken. Seit Jahren beobachten wir, dass recht viele der neu erstellten Wohnungen durch alteingesessene Ostermundiger und weniger durch zuziehende neue Einwohnerinnen und Einwohner bezogen werden. Dadurch steigt die Bevölkerungszahl nicht im gleichen Verhältnis zu den neu erstellten Wohnungen: 499 in den letzten 5 Jahren neu gebaute Wohnungen brachten gemäss Botschaft lediglich 455 zusätzliche Einwohnerinnen und Einwohner nach Ostermundigen.

²⁾ Bruno Grossniklaus (SP) nimmt ab 16.55 Uhr an der Sitzung teil. Neu sind 33 Ratsmitglieder anwesend.

Aber auch in finanzieller Hinsicht kann trotz der intensiven Bautätigkeit der letzten Jahre nicht unbedingt ein Erfolg verzeichnet werden: Teilt man die Steuereinnahmen der natürlichen Personen durch die Anzahl Steuerzahler, so ergibt dies in den letzten drei Jahren einen sinkenden Betrag pro Person. Daraus schliessen wir, dass eher „steuerschwächere“ neue Einwohnerinnen und Einwohner zuziehen.

Wie schon erwähnt, sind wir der Auffassung, dass in finanzieller Hinsicht nicht nur das in der Botschaft aufgezeigte Wachstum, sondern unbedingt auch mögliche Sparmassnahmen berücksichtigt werden müssen. Dazu kommen wir jedoch bei den nächsten zwei Geschäften.

Die SVP-Fraktion nimmt die Prognose des Gemeinderates zur Kenntnis.

Silvia Fels (EVP): Als EVP-Fraktion haben wir rege diskutiert über die Prognose der Gemeindeentwicklung, die ja Grundlage für den Finanzplan ist. Wir nehmen diese zur Kenntnis, möchten uns aber doch noch dazu äussern, weil es uns wichtig ist, dass bei der ganzen Planung immer wieder darauf geachtet wird, dass Ostermundigen der Ort bleibt, den wir kennen und schätzen.

Die Medienmitteilung, die dem GPK-Protokoll beigelegt wurde, sagt genau das aus, was uns wichtig ist: „Der Gemeinderat will die Siedlungsentwicklung nach innen fördern“ Wachstum ja; aber nicht um jeden Preis. In der Studie der Fachhochschule heisst es, dass wir mit einer Entwicklung nach innen Wohn- und Lebensqualität gewinnen. Es sollte also Priorität 1 bekommen. Es ist uns ferner bei der Baulandkonzentration wichtig, dass der Grüngürtel rund um Ostermundigen erhalten bleibt und wir berücksichtigen, dass wir alle ein Naherholungsgebiet brauchen. Wir sehen es auch als eine Informationspflicht an den Gemeinderat, dass die Hauseigentümer gut informiert werden, wo sie mitarbeiten können. Wenn wir nachhaltig etwas bewirken wollen, müssen wir zusammen arbeiten: als Unternehmer, Hauseigentümer und Politik. Das muss in der Strategie des Gemeinderates zur Verbesserung der Finanzlage unbedingt berücksichtigt werden.

Sandra Löhner (CVP): Die CVP-Fraktion nimmt vom vorliegenden Geschäft Kenntnis. Wir haben die folgenden Bemerkungen resp. Fragen anzubringen:

- Welche Art von Einwohnenden bringt uns die rege Bautätigkeit - bringt sie uns Familien mit Kindern, welche sesshaft sind und sich am Gemeindeleben beteiligen?
- Sind wir verkehrsmässig auf die 17'000 Einwohnenden vorbereitet?
- Wo ist das Engagement seitens Gemeinderat, um das Konfliktpotenzial wie beim "Hangar" entstanden, zu verhindern?

Die Absicht des Gemeinderates, bereits weiteres Bauland auszuscheiden, ist sicher richtig. Doch zuerst müssen die "Leitlinien zur Siedlungsentwicklung" bereinigt werden.

Wie bereits im letzten Jahr, fordern wir den Gemeinderat wiederum auf, auch für die bestehenden Quartiere und Gebiete etwas zu machen und nicht nur für die Neubaugebiete.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Ich danke für die Beurteilung der Botschaft. Es kann eine breite Übereinstimmung festgestellt werden. Es ist richtig, dass es sich hier um eine Prognose der Gemeindeentwicklung handelt, welche als Grundlage für den Finanzplan dient. Die Botschaft ist kein Konzeptpapier mit umfassender Facette. Die Überlegungen, dass der Gemeinderat nicht nur Neuzuziehende anwerben will, sondern auch die Wohnqualität für die ortsansässigen Bürgerinnen und Bürger erhöhen will. Die Anmerkung seitens der SVP-Fraktion, dass in die Neubaugebiete auch viele bereits in Ostermundigen ansässige Einwohnerinnen und Einwohner umziehen, weist auf die Überlegungen des Gemeinderats hin. Dieser Sachverhalt kann durchaus begrüsst werden. Diese Entwicklung wird sich über längere Zeit hinziehen. Auch andere Projekte kümmern sich um die Wohnqualität (z. B. Nachverdichtungsstudie, öV-Projekte, Ortsbuskonzept etc.). Der Gemeinderat setzt sich umfassend in verschiedenen Bereichen für die Wohnqualität ein.

① Grüngürtel und weitere Einzonungen

Es ist ein Anliegen, das grosse Spektrum der möglichen Einzonungen offen zu legen. Eine kontinuierliche Gemeindeentwicklung soll vorangetrieben und auch ermöglicht werden. Die Siedlungsentwicklung wird auf die Nachverdichtungsstudie abgestimmt. Die einzelnen Massnahmen sollen Schritt für Schritt umgesetzt werden.

Es wird sicher interessant zu beobachten sein, wie in den Neuüberbauungen (Jurablickweg, Wohnterrasse etc.) deutlich mehr Steuererträge eingefordert werden können. In Zukunft wird die positive Auswirkung auf die Steuereinnahmen eine Entscheidungsgrundlage für weitere mögliche Einzonungen sein. Diesen Sachverhalt wird der Gemeinderat im Auge behalten.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Die prognostizierte Gemeindeentwicklung wird zur Kenntnis genommen.

20.1.01 Jahresvoranschläge - Budgets

64. Voranschlag der Laufenden Rechnung 2011 mit Festlegung der Steueranlagen und der Hundetaxe; Genehmigung

³⁾

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

① Jahresrechnung 2010; Trendberechnung

Departementsvorsteherin FS Ursula Lüthy (Grüne): Zum Anfang der heutigen Budgetdebatte kann der Gemeinderat wie gewohnt dem Parlament einen Trend zur Rechnung des laufenden Jahres bekannt geben.

Zur Erinnerung: Der Voranschlag 2010 weist - bei einem Aufwand von 89,8 Mio. Franken und einem Ertrag von 87,3 Mio. Franken - einen Aufwandüberschuss von gut 2,5 Mio. Franken aus. Aufgrund der bis heute vorliegenden Daten müssen wir feststellen, dass das definitive Ergebnis der Rechnung 2010 nicht besser ausfallen wird als budgetiert.

Positive Effekte sind auf der Aufwandseite eingetreten. Die Aufwandkonten schliessen gegenüber dem Budget um insgesamt etwa 1,8 Mio. Franken besser ab. Die Ausgaben für das Personal liegen um 800'000 Franken unter dem Budget. Beim Sachaufwand können auch Einsparungen gemacht werden. Diese werden (ergebniswirksam) mit etwa 700'000 Franken angenommen. Die Passivzinsen und Abschreibungen liegen zusammen etwa 200'000 Franken unter dem Voranschlag. Die Zahlungen an den Kanton bleiben mit etwa 100'000 Franken unter den Erwartungen. Weitere Plus- und Minus-Abweichungen sollten sich in etwa ausgleichen.

Beim Aufwand können die einzelnen Positionen für den effektiven Jahresabschluss schon ziemlich genau berechnet werden, auf der Ertragsseite - besonders bei den Steuererträgen - ist dies aber noch nicht möglich, was bedeutet, dass die folgenden Aussagen noch mit grossen Unsicherheiten behaftet sind.

Bei den Steuern werden - aufgrund der bis heute vorliegenden Daten - Mindererträge erwartet. Die Einkommenssteuern liegen dabei mit 700'000 Franken unter dem Budget. Bei den Gewinnsteuern juristische Personen ist ein Rückgang von 250'000 Franken zu erwarten. Bei den Steuerteilungen wird mit Mindererträgen von 900'000 Franken gerechnet, und auch die aperiodischen Steuern (Grundstückgewinnsteuern, Sonderveranlagung) werden mit grosser Wahrscheinlichkeit unter dem Voranschlag liegen.

Wie gesagt, es gibt noch grosse Unsicherheiten darüber, wie die Rechnung 2010 tatsächlich abschliessen wird. Insgesamt müssen wir aber feststellen, dass die Rechnung des laufenden Jahres kaum besser abschliessen wird als budgetiert.

³⁾ Beat Leumann (FDP) nimmt ab 17.10 Uhr an der Sitzung teil. Neu sind 34 Ratsmitglieder anwesend.

① Noch ein paar Worte zum heutigen Geschäft betreffend Voranschlag für das Jahr 2011
Das dem Parlament nun vorliegende Budget für das Jahr 2011 bietet auf den ersten Blick kein Anlass zur Freude. Dennoch erachtet der Gemeinderat dieses Budget als korrekt und vertretbar und zwar aus folgenden Gründen:

1. Der Gemeinderat hat während der Veranschlagungsphase alle wesentlichen Konten überprüft, sie wo immer möglich gestrafft und auf diese Weise insgesamt um fast 1,5 Mio. Franken gekürzt. Damit beschränken wir uns auf das Wesentliche zur Aufrechterhaltung des Service Public und beantragen keinerlei Luxusausgaben.
2. Das Defizit ist angesichts unseres immer noch stattlichen Eigenkapitals verkraftbar. Die wichtigsten Gründe für die roten Zahlen sind durch die Gemeinde nicht oder erst längerfristig beeinflussbar:
 - die schwache Steuerertragsstruktur Ostermundigens;
 - die Tatsache, dass zur Zeit keine Buchgewinne realisiert werden können, welche die Ergebnisse der letzten Jahre verbessert hatten;
 - die Ertragsausfälle, welche uns durch höhere Gewalt beschert wurden: durch zwei kantonale Steuergesetzrevisionen innert drei Jahren.

Die Möglichkeiten zur Verbesserung der finanziellen Situation sind im Zusammenhang mit dem folgenden Traktandum, dem Finanzplan, aufgezeigt. Daneben wird der Gemeinderat weiterhin und noch verstärkt darauf achten, dass mit den vorhandenen Mitteln haushälterisch umgegangen wird!

Zusammenfassend ist zu sagen, dass mit dem vorliegenden Budget die Standortqualitäten Ostermundigens erhalten werden können. Das sollte unser erstes Anliegen sein. In diesem Sinne hoffe ich auf eine sachliche und engagierte Budgetdiskussion.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Zuerst möchte ich den Ablauf des Geschäftes bekannt geben. Anschliessend kann die Diskussion vorgenommen werden. Zuerst können sich die GPK und anschliessend das Parlament zum allgemeinen Teil der Botschaft äussern. Über einen allfälligen Rückweisungsantrag an den Gemeinderat (verbunden mit einem Auftrag) wird erst am Schluss der Debatte befunden. Danach werden wir den Voranschlag seitenweise beraten. Über Änderungsanträge hat das Parlament sofort abzustimmen.

4)

Eduard Rippstein (CVP): Die CVP-Fraktion wird dem Budget 2011 wie vorliegend zustimmen. Wir werden keine Änderungsanträge vortragen. Wieso stimmen wir zu?

Wir sind mit dem Budget nicht glücklich, wir hätten uns auch bessere Zahlen vorstellen können. Doch wir sind der Auffassung, dass der Gemeinderat seine Aufgaben gut erledigt hat.

4) Jürg-Sven Scheidegger (SP) nimmt ab 17.15 Uhr an der Sitzung teil. Somit sind 35 Ratsmitglieder anwesend.

Wir Parlamentarier haben die Aufgaben nicht gut erledigt. Wir haben eine Steuersenkung beschlossen, dies trotz dem Wissen, dass der Kanton eine Steuerharmonisierung vornehmen wird. Dieser Entscheid tut uns heute noch weh.

Wir haben gehört, dass Ostermundigen die günstigsten Preise für Mietobjekte an Dritte zur Verfügung stellt. Hier kann eine Preiserhöhung in Erwägung gezogen werden.

Walter Bruderer (FORUM): Ich möchte auf die folgenden Punkte hinweisen:

① Allgemeines

Wir beissen in den sauren Apfel, erwarten aber vom Gemeinderat, dass er vom Kanton ein Steuersystem verlangt, das die Gemeindeautonomie für die Steuern künftig schützt. Wir sind nicht überrascht, dass das Budget alles andere als rosig aussieht:

1. Gab es vermutlich natürliche und vor allem juristische Personen, die die weltweite Finanzkrise zu spüren bekamen und
2. Haben wir vor ein paar Jahren den Gemeinderat in einem parlamentarischen Vorstoss vergeblich darauf aufmerksam gemacht, dass sich das schnelle Wachstum der Bevölkerung und die Vermehrung von Gebäuden, Strassen, Leitungen und Dienstleistungen auch auf die Investitionen und die damit verbundenen Aufwände auswirken wird. In der Antwort auf unsere Interpellation sind damals nur die positiven Auswirkungen von mehr Steuererträgen erwähnt worden. Wer alle Begründungen im Finanzplan zu den Investitionen liest, weiss, dass unsere Befürchtungen mehr als berechtigt waren.

① WOV (= Wirkungsorientierte Verwaltungsführung)

Die nachfolgende Antwort der Finanzabteilung zu Händen der Geschäftsprüfungskommission (siehe Protokoll Seite 95) bestätigt unsere früheren Warnungen. *„Das Parlament verliert bei vollständiger Umsetzung der WOV den Gesamtzusammenhang auf die Finanzen total. Es könnten dann nur noch die Informationen der Produktgruppeblätter geändert und genehmigt werden.“*

Mit oder ohne WOV wollen wir den Finanz-Gesamtzusammenhang weiterhin und ausserdem die Aufwände und Erträge kennen, und zwar für jedes einzelne Produkt und nicht nur für die Produktegruppe. Es darf doch nicht sein, dass man die unterschiedlichsten Aufwände und Erträge - man weiss nicht einmal, warum und wie sie entstehen - für die unterschiedlichsten Zielsetzungen in einen Topf addiert. Das Parlament muss wissen, was es leistungsbezogen und kostenmässig bedeutet, wenn eine Zielsetzung, d. h. ein Produkt, mehr oder weniger stark ver- oder entschärft wird. Nicht sicher gestellt ist auch, dass die vorgeschlagenen Ziele und ihre Prioritäten bei der Verwaltung, im Parlament, bei den Parteien und bei der Bevölkerung übereinstimmen.

Das Führen mit Zielsetzungen ist zwar eine gute Führungsmethode. Nachdem noch nicht genügend klar ist, was alles aufs Parlament, die Geschäftsprüfungskommission und die Parteien zukommt, drängt sich die Frage auf, ob die Einführung des "Management by Objectives" nicht ohne WOV und nur innerhalb der Verwaltung sowie zwischen Gemeinderat und Abteilungen viel sinnvoller wäre.

Wir stellen den folgenden **Änderungsantrag Nr. 1:**

Über die Einführung von WOV ist erst abzustimmen, nachdem die Ergebnisse der WOV-Rechnung 2011 und des WOV-Budgets 2012 vorliegen.

Nur dem Budget 2011 selber stimmen wir zu, aber ohne jegliche Begeisterung. Wir haben es mehrmals überprüft, sind aber leider nicht auf sinnvolle und auch glaubwürdige Sparmöglichkeiten gestossen.

Renate Bolliger (EVP): Ja es gibt wohl niemand hier im Rat, der sagen könnte, dass das vorliegende Budget Freude bereitet. Aber man konnte ja vorausahnen, dass es so herauskommen würde. Schon im Finanzplan war für dieses Jahr ein Defizit von 3,6 Mio. Franken prognostiziert. Und leider hat die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat uns weitere Ausfälle beschert. Die EVP hatte sich dort sehr stark gegen die Steuersenkung eingesetzt, aber leider erfolglos. Viele Gemeinden haben nun deswegen zu kämpfen, einige reden schon von Steuererhöhung, Bolligen hat die Steuern schon erhöht. Dies möchten wir aber wenn möglich vermeiden.

Der Gemeinderat hat ja schon kräftig an der Sparschraube gedreht. Es ist bemerkenswert, dass schon 1,4 Mio. Franken eingespart werden konnten.

Im Bemühen, Lösungen für unsere schwierige Finanzlage zu finden, schlägt die EVP-Fraktion vor, dem Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) den Antrag zu stellen, eine Ausnahme für die harmonisierten Abschreibungen zu bewilligen.

Die Gemeinde Ostermundigen hat in den vergangenen Jahren ausserordentlich hohe Investitionen getätigt. Nach dem bisherigen Abschreibungsmodus von 10 %, sind zu Lasten der Rechnung ca. 7 Mio. Franken an Abschreibungen vorgesehen. Alleine die Schulanlage Denigkofen wird nächstes Jahr mit fast 2 Mio. Franken abgeschrieben, dabei ist der Hallentrakt nigel nagelneu!

Die hohen Investitionen in die Schulanlagen belasten unseren Finanzhaushalt sehr. In Anbetracht der Lebensdauer der Anlagegüter könnte die Abschreibung verzögert werden. Das AGR kann eine Ausnahme der Abschreibung in gewissen Fällen bewilligen. Wir sind der Meinung, dass eine Ausnahme für die Abschreibung von 10 % gerechtfertigt ist. Dies würde unserer Gemeinde den nötigen Spielraum geben, die schwierigen Zwischenjahre zu überbrücken. Die Gemeinde hat bis anhin gut gearbeitet und auch Sparwillen gezeigt.

Es ist uns natürlich klar, dass es nicht sicher ist, dass die Bewilligung erteilt wird. Auf Grund der schwierigen Finanzlage alleine wird es nicht möglich sein. Aber wir finden, wir sollten es mit der Begründung der hohen Investitionen trotzdem versuchen. Das AGR stellt in Aussicht, dass es die Praxis der Abschreibungen ab 2014 ändern will. Es wird angestrebt, ein Abschreibungssystem nach Lebensdauer der Anlagegüter einzuführen. Darum erhoffen wir uns eine entgegenkommende Haltung des Gesetzgebers. Die EVP-Fraktion stellt daher folgenden **Änderungsantrag Nr. 2:**

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Amt für Gemeinden und Raumordnung AGR den Antrag zu stellen, eine Ausnahme für die harmonisierten Abschreibungen gemäss GV Artikel Nr. 84 wie folgt zu bewilligen:

- Für die Jahre 2011 und 2012: je 6 % harmonisierte Abschreibungen

- Für die Jahre 2013 und 2014: je 8 % harmonisierte Abschreibungen

Wir bitten den Rat um Unterstützung für diesen Antrag, verlieren können wir dabei nichts.

Ernst Hirsiger (SVP): Die SVP-Fraktion hat auch auf den zweiten Blick keine Freude am Budget 2011. In Bern auf dem Bundesplatz läuft in einem anderen Zusammenhang zurzeit die Spendenaktion "Jeder Rappen zählt". Wir übernehmen das Motto für die Budgetdebatte und sagen: "Jeder Franken zählt".

Die SVP-Fraktion deponiert den **Rückweisungsantrag Nr. 1** mit dem Auftrag an den Gemeinderat:

1. *Den vorgelegten Voranschlag 2011 zu überarbeiten und den budgetierten Aufwandüberschuss von Fr. 4'566'655.-- um Fr. 1'000'000.-- zu reduzieren. Die SVP-Fraktion erwartet vom Gemeinderat, dass dieser die Sparvorgabe in Zusammenarbeit mit den Abteilungsleitern ihrer Departemente umsetzt. Sie macht keine Vorgaben, in welchen Bereichen gespart werden soll. Dies ist eine Führungsaufgabe der Exekutive.*
2. *Der Gemeinderat wird auch beauftragt, ab dem Budgetjahr Jahr 2012 zielgerichtet Einsparungen von 2 % auf dem Gesamtaufwand gemäss Finanzplan für die Jahre 2011 - 2015 vorzunehmen.*

Begründung:

Die SVP-Fraktion hat schon im Vorjahr mit der Verweigerung der Zustimmung zum Budget 2010 signalisiert, dass sie die Finanzpolitik des Gemeinderates mit den geplanten Defiziten nicht unterstützen will. Mit ihrem Rückweisungsantrag unterstreicht sie ihren Willen, sich für gesunde Gemeindefinanzen einzusetzen. Ein Aufwandüberschuss von beinahe 4,6 Mio. Franken zu Lasten des vorhandenen Eigenkapitals für das Jahr 2011 ist aus der Sicht der SVP-Fraktion nicht tolerierbar. Einsparungen sind zwingend notwendig und möglich. Die Zitrone ist noch nicht ausgepresst. Die Reduktion des Aufwandüberschusses um Fr. 1'000'000.-- entspricht bei einem Gesamtaufwand von Fr. 90'2000'615.-- lediglich 1,11 %. Das ist ein sehr massvoller Sparauftrag.

Der zweite Teil des Sparauftrags soll helfen, die Finanzen mittelfristig wieder ins Lot zu bringen, damit eine Steuererhöhung vermieden werden kann. Das entspricht gemäss aktuellen Medienberichten auch dem Willen des Gemeinderates. Der Gemeinderat sprach bei einem Anflug von Optimismus auch schon von einer denkbaren Senkung.

Peter Wegmann (FDP): Vorweg möchte ich Herrn Stefan Lanz, dem Gemeinderat sowie der Verwaltung für die umfangreichen und transparent vorliegenden Unterlagen bestens danken. Es ist klar, dass uns dieser Voranschlag keine Freude macht. Klar ist aber auch, dass wir keineswegs überrascht sind. Seit langer Zeit - nämlich bereits ab 2004 - hat unsere Fraktion jährlich wiederkehrend und nachhaltig immerzu darauf hingewiesen, dass wir über unseren Verhältnissen agieren. Und ohne die genossenen Buchgewinne immerzu eigentlich Nettodefizite zwischen 3 bis 5 Mio. Franken in Kauf genommen haben. Dass die Zeit von den Buchgewinnen einmal zu Ende ist, war absehbar. Und jetzt ist es wirklich so weit.

Es ist zwar richtig, dass unsere Finanzprobleme unter anderem bei der vom kantonalen Parlament beschlossenen Steuergesetzrevision zu orten sind. Aber auch bei uns entgangene Erträge sind dabei von erheblicher Bedeutung. Die Gründe dazu offenbaren sich nachhaltig. Vorab präsentiert sich unsere Bevölkerungsdurchmischung als sehr problematisch, wenn man bedenkt, dass statistisch jeder sechste Einwohner - aus welchen Gründen auch immer - quasi keine Steuern bezahlt. Vergleichsweise trifft dies zum Beispiel bei der Stadt Bern lediglich auf jeden achten Einwohner zu.

Als problematisch erweist sich auch der Sachverhalt, dass gemäss einer Statistik von der Steuerverwaltung - bemessen auf den Zeitraum ab 2003 bis 2009 - bei Weg- und Zuzüger-Betreffnissen offenbar steuerlich erheblich eingetretene Einbussen mitverbunden gewesen waren. Gute Steuerzahlende sind weg- und weniger gute Steuerzahlende sind zugezogen. Und dies hat statistisch zu einer jährlichen Steuerertragseinbusse von rund Fr. 6'000.-- pro Kopf bzw. insgesamt jährlich wiederkehrend insgesamt rund Fr. 500'000.-- geführt. Womit sich die Frage stellt, warum denn überhaupt diese guten Steuerzahlenden weggezogen sind?

Dem Vernehmen nach sind scheinbar vielfach nicht bedarfsgerecht vorhandener Wohnraum - ob in Form von Eigenheimen oder Mietobjekten - die Hauptgründe gewesen. Aber auch steuerlich bedeutendes Gewebe hat sich aus Ostermundigen verabschiedet. So zum Beispiel die Firma Spahni, Teile von Intersport AG und nun ebenfalls die Swisscom mit annähernd 100 Arbeitsplätzen. Wobei die nun einziehende Ersatzlösung „Betreibungs- und Statthalteramt“ bei weitem nicht kompensierend wirkt und solchermassen schmerzvolle Konsequenzen offenbart.

Folglich gilt es nun, diesen Erkenntnissen und Sachverhalten endlich wirksam zu begegnen. Nämlich mit zielgerecht aktiver Wirtschafts- und Bodenpolitik. Oder mit anderen Worten: Unsere Regierung ist nun arg gefordert!

- Und wie steht es nun um unsere NOCH vorhandenen Eigenkapitalreserven?

- Und dies im Einklang zu unserer alles andere als erbaulichen Situation?

Zwei aus der Finanzkommission erarbeitete Unterlagen bzw. Darstellungen - sie liegen hier vor und können bei Bedarf näher begutachtet werden - decken es mit aller Deutlichkeit auf:

Bei Annahme des vorliegenden Budgets wie auch den Finanzplanvorgaben wird unser Eigenkapitalpolster von 15 Mio. Franken bereits im Jahre 2013 aufgebraucht, unsere Gemeinde quasi bankrott und damit zwangsläufig bevormundet und zu einer Steuererhöhung gezwungen sein.

Wir sind uns sicher einig: All dies darf nicht eintreffen. Zumal sich solche Szenarien klar nicht mit unserer föderativ angestrebten Gemeindeentwicklung vereinbaren würden. Folglich gilt es nun entsprechend wirksame Massnahmen einzuleiten. Und dies ist durchaus (noch...) möglich.

Die hier grün angezeigte Kurve zur Entwicklung von unserem Eigenkapital zeigt uns, dass mit einer relativ geringfügigen Budgetkorrektur - nämlich einer Einsparung per 2011 von Fr. 600'000.-- und ab 2012 dann abfolgend weiteren jeweils um Fr. 600'000.-- erhöhten Einsparungen - ein Absinken von unserem Eigenkapital in einen Schuldenbereich gerade noch verhindert werden kann. Und dies notabene ohne notwendige Steuererhöhungen!

Zwar sind wir damit noch lange nicht „zum Schnyder use“. Aber immerhin offenbart sich damit eine profunde Möglichkeit zu einer vertraglichen, weitgehend schmerzlosen und damit

trotz allen Widerwärtigkeiten sanften Problemlösung mit Spareffekt. Zumal dies per 2011 eine Einsparung beim Aufwand von lediglich durchschnittlich rund 0,66 % abverlangt, was mit Sicherheit für alle Abteilungsbereiche zumutbar ist. Und mitnichten als Beanstandung gegenüber den zweifelsohne sorgfältig vollzogenen Budgetierungen ausgelegt werden kann. Dass dabei weitere Sparbemühungen dennoch weiterhin zwingend zur Pflicht gehören, versteht sich von selbst. Angesprochen ist in diesem Zusammenhang vorab der Personalaufwand als sehr umfangreicher und damit sehr wesentlicher Budgetposten. Es kann einfach nicht sein, dass dieser Bereich ohne jeglichen Bevölkerungszuwachs in den letzten Jahren um sage und schreibe 30 % zugenommen hat. Folglich stehen auch hier Massnahmen zur Pflicht. Nämlich zumindest eine generelle Plafonierung gemäss Stand per Ende 2010 bis zum Ablauf von der laufenden Legislaturperiode.

Aber auch ein Ein- bzw. Anstellungsstopp für Personalbereiche ohne Führungskraftvoraussetzungen ist durchaus vertretbar und macht Sinn. Indem bei natürlichen Abgängen - sei dies bedingt durch Pensionierungen, eingetretene Kündigungen oder Ableben - mit Sicherheit interne Kompensationsmassnahmen möglich sein dürften.

Die Fraktion der FDP beantragt darum Rückweisung des Voranschlags. Verbunden mit weiteren Anträgen. Eine Rückweisung ist zwar - und dies insbesondere in der aktuell besinnlichen Adventszeit - wenig populär und erfreulich. Trotzdem: Für unsere Begriffe legitimiert sich im vorliegenden Falle ein solches Vorgehen als absolut begründet und damit dringlich notwendig. Der **Rückweisungsantrag Nr. 2** der FDP-Fraktion lautet somit wie folgt:

1. *Der Voranschlag der Laufenden Rechnung für das Jahr 2011 ist zurückzuweisen. Verbunden mit dem Auftrag, den Aufwandsüberschuss auf max. 3,95 Mio. Franken zu begrenzen.*
2. *Vorausblickend ist ebenso der Voranschlag für das Jahr 2012 in Anlehnung an den vorliegenden Finanzplan (Seite 66) auf einen Aufwandsüberschuss von max. 3,65 Mio. Franken zu begrenzen.*
3. *Der Personalkostenaufwand ist bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode gemäss Stand per Ende 2010 zu plafonieren.*
4. *Mit Wirkung ab 1.1.2011 ist beim Personalbereich mit Ausnahme von Führungskräften bei natürlichen Abgängen wie Pensionierungen, Kündigungen oder Ableben mittels internen Lösungsbemühungen generell von Neuanstellungen abzusehen.*

Ich bitte den Rat um Unterstützung von diesem Antrag und danke für die Aufmerksamkeit.

Colette Nova (SP): Der Voranschlag und der Finanzplan hängen eng miteinander zusammen. Deshalb werde ich jetzt beim Voranschlag etwas ausführlicher sprechen und mich dann nachher beim Finanzplan sehr kurz fassen.

Auch uns macht dieser Voranschlag keine Freude. Immerhin dürfen wir sagen: Das Defizit von 2010 und das Defizit von 2011 sind nicht das Resultat von schlechter Arbeit der Gemeindeverwaltung oder des Gemeinderates. Zur „Mitwirkung“ des GGR hat vorhin Eduard Rippstein (CVP) etwas gesagt. Diese Resultate sind hauptsächlich das Resultat von äusseren Faktoren, die wir nur wenig beeinflussen können:

1. Die geringe Steuerertragskraft der Gemeinde. Wir kommen deshalb auch mit einem relativ hohen Steuerfuss weniger weit, als Gemeinden mit höherer Steuerertragskraft.

2. Die Buchgewinne aus Liegenschaftsverkäufen sind jetzt leider ebenfalls vorbei
3. Die kantonale Steuerpolitik hat uns Einnahmehausfälle beschert, hat uns in zwei Senkungsrunden total 2,6 Mio. Franken an Einnahmen pro Jahr weggenommen. Es ist ein schwacher Trost, dass die anderen Gemeinden davon auch betroffen sind. Laut „Der Bund“ hat alleine die zweite Steuersenkungsrunde den Gemeinden Einnahmehausfälle von jährlich ca. 100 Mio. Franken beschert.
4. Über die vom kantonalen Recht geforderten hohen Abschreibungen werden wir leider auch etwas bestraft dafür, dass wir unsere Aufgaben gemacht haben und Sanierungen vorgenommen haben.

Immerhin geht es uns nicht wie Portugal, Irland, Island, Griechenland, Spanien, die hochverschuldet sind. Wir haben immerhin noch etwas Eigenkapital. Dass wir das haben, ist das Resultat einer umsichtigen Politik. Wir sind froh darüber, das zu haben. Allerdings kann dieses mühsame angesammelte Eigenkapital auch sehr schnell durch Defizite weggefressen werden, wie der Finanzplan zeigt.

Vor kurzer Zeit haben wir hier noch über mögliche Steuersenkungen diskutiert. So was liegt aber leider auf absehbare Zeit nicht drin. Im Gegenteil: Es ist unmöglich, Defizite dieser Grössenordnung allein durch noch sparsameres Haushalten zu beseitigen. An dieser Stelle möchte ich unterstreichen: Wir danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für ihre Sparbemühungen. Es ist aber offensichtlich, dass Korrekturen auf der Ausgabenseite alleine nicht ausreichen, um eine ausgeglichene Rechnung zu erreichen. Es braucht auch Massnahmen auf der Einnahmenseite.

Ostermundigen wird nicht darum herumkommen, den Steuerfuss zu erhöhen, um die Ertragsausfälle, die uns der Kanton beschert hat, auszugleichen. Um mit Lorenz Hess, dem Gemeindepräsidenten unserer Nachbargemeinde, Stettlen, zu zitieren: „*Es ist undankbar, eine Steuererhöhung machen zu müssen, die mit der Gemeindepolitik eigentlich nichts zu tun hat.*“ Ich muss aber auch sagen: Eine solche kantonale Steuerpolitik ist verantwortungslos. Andere Nachbargemeinden haben bereits solche Steuerfusserhöhungen beschlossen, bei weiteren Gemeinden wird das in Bälde der Fall sein. Ich muss aber sagen: Eine solche Erhöhung des Steuerfusses, eventuell kombiniert mit einer Erhöhung der Liegenschaftssteuer, ist keine Erhöhung der Steuern. Sie ist es deshalb nicht, weil wir in Franken nicht mehr zahlen werden als heute. Sondern vielleicht gleich viel oder fast gleich viel wie heute. Es geht nur um den Ausgleich von Steuersenkungen.

Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion ist der Meinung, dass es eigentlich angebracht wäre, diesen Ausgleich der Steuerausfälle, die uns der Kanton verursacht hat, so rasch wie möglich, also schon 2011 vorzunehmen. Es ist aber vertretbar, damit noch ein Jahr zuzuwarten, wie der Gemeinderat vorschlägt - aber länger nicht, weil Ostermundigen sonst rasch in eine gefährliche Abwärtsspirale geraten würde.

Eine andere Massnahme, um die Einnahmen zu erhöhen, besteht darin, neuen Wohnraum für den Mittelstand zu schaffen. Das steht ja auch im Einklang mit der regionalen Planung, die wir an der letzten GGR-Sitzung besprochen haben. Wenn es schon ein Bevölkerungswachstum gibt, soll wenigstens ein Teil des Steuerertrages aus diesem Wachstum in die Kassen von Ostermundigen fliessen - sonst werden wir nur zusätzlichen Durchgangsverkehr haben, der dann vielleicht gar nicht mehr so „fließt“, sondern steht.

Fazit:

Meine Fraktion wird nicht Hand bieten zu einer Rückweisung des Voranschlags an den Gemeinderat oder zu einem allgemeinen Sparauftrag. Das ist nicht konstruktiv und bringt die Gemeinde nicht weiter. Denn wenn Ostermundigen eine attraktive Gemeinde bleiben soll, in der es sich zu leben lohnt und die neue Bewohnerinnen und Bewohner anziehen will, dann müssen die Dienstleistungen aufrecht erhalten bleiben.

Eduard Rippstein (CVP): Die CVP-Fraktion stimmt dem Änderungsantrag Nr. 2 der EVP-Fraktion zu.

Die CVP- und EVP-Fraktionen haben die Steuersenkungsinitiative im Grossen Rat bekämpft. Sie sind unterlegen. Wir unterstützen alles was Sinn macht. Der Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion sagt dem Gemeinderat: "Unternehmt etwas" doch was genau weiss niemand. So kann es nicht funktionieren. Macht konkrete Vorschläge und zeigt auf, wo gespart werden kann!

Das Gleiche gilt für die FDP-Fraktion: Bringt genaue Vorschläge, alles andere haben wir hinter uns. Eine Rückweisung - um anschliessend im Januar 2011 ohne Budget dazustehen - ist ein Unsinn für die Gemeinde und bringt allen nur Ärger ein.

Zum Personalabbau: Vielleicht kann in einem bestimmten Departement im Januar spezifisch Personal abgebaut werden. Wenn im Werkhof drei Mann vom Kehrriechwagen weggenommen werden und die Arbeiten vom Büropersonal resp. Parlament ausgeführt werden, möchte ich dann sehen, ob das Ganze funktioniert.

Ernst Hirsiger (SVP): Auch das Parlament von Köniz hat das Budget 2011 zurückgewiesen. Das war keine Tragödie. In der Zwischenzeit konnte ein vernünftiger Nenner gefunden werden. Wir sind in der Lage, konkrete Sparaufträge zu nennen.

Renate Bolliger (EVP): Vorgängig wurde ein gelbes Blatt verteilt. Die SVP- und die FDP-Fraktion verlangen eine Million an Kürzungen. Die vorgeschlagenen Kürzungen der Gemeinde betragen über 3 Mio. Franken. Ich bitte euch, genau anzugeben, wo und wie viel eingespart werden soll. Übernehmt Verantwortung und zeigt auf, wo ein gewisser Leistungsabbau vorgenommen werden soll. Ein Blanko-Rückweisungsantrag bringt nichts.

Peter Wegmann (FDP): Den beiden Vorrednern möchte ich folgendes anfügen:

① Eduard Rippstein (CVP)

Wir bemühen uns, möglichst sachlich zu bleiben. Bitte nicht Äpfel mit Birnen mischen resp. Büro- mit Werkhofpersonal - das ist ein schlechter Vergleich. Es geht nicht darum, eine Effizienzsteigerung zu vollziehen. Der Gemeinderat ist auf dem richtigen Weg. Beim Personalaufwand konnten gegenüber dem Budget 2010 bereits massive Einsparungen verbucht werden.

① Renate Bolliger (EVP)

Der Vorschlag ist gut gemeint, aber rechtlich nicht umsetzbar und er ist keine Sparmassnahme. Wir wollen keinen Leistungsabbau resp. den Service public reduzieren. Wir wollen jedoch den Gürtel enger schnallen. Die Exekutive soll die Sparpositionen gemäss dem gelben Blatt "Wiederkehrende freiwillige Beiträge und Leistungen" wählen.

Jacques Biner (SP): Ich möchte mich zum Änderungsantrag Nr. 2 der EVP-Fraktion äussern. Klar, der Abschreibungssatz von 10 % belastet unsere Gemeinde stark. Kaufmännische und steuerliche Abschreibungssätze sind für immobile Sachanlagen viel tiefer. Aber wenn man davon ausgeht, dass die Investitionen in den nächsten Jahren nicht abnehmen werden und auch in der langfristigen Zukunft nicht, löst ein tieferer Abschreibungssatz unser Problem nicht oder nur vorübergehend. Meiner Meinung nach kann man dieser Lösung nur zustimmen, wenn man davon ausgeht, dass die Investitionen kurzfristig stark abnehmen werden. Ist es so?

Zudem muss beachtet werden, dass wenn man die Abschreibungsgrundsätze anpasst, dies keine kurzfristige, sondern eine langfristige Lösung sein sollte. Ausserdem verbessert sich der Cashflow nicht, wenn man tiefere Abschreibungen verbucht. Einzig helfen effektive Sparmassnahmen, Ertragssteigerung oder Steuersatzerhöhung unsere Eigenfinanzierung zu verbessern.

Der Sparauftrag von 0,6 bis 1 Mio. Franken ist im Gesamtaufwand von 90 Mio. Franken gesehen eine Kleinigkeit. Von den 130 Vollzeitstellen sind 48 Stellen der Abteilung Soziales zugeteilt. Hier kann mit einem Sparauftrag kein Einfluss genommen werden. Bei den restlichen 85 Vollzeitstellen in den übrigen Departementen ist ein Stellenabbau nicht verantwortbar. "Sparen ja - kein Leistungsabbau!" Ist dies überhaupt möglich? Der Strassenunterhalt, Stratus etc. warten auf grosse finanzielle Efforts. Wir sollten nicht auf dem Rücken der nächsten Generation sparen. Die Ausgaben haben in den Budgets 2010 und 2011 nicht zugenommen. Wir müssen schauen, dass die Einnahmen gesteigert werden können.

Eduard Rippstein (CVP): Der Änderungsantrag der EVP-Fraktion zielt auf die nächsten Jahre ab. Diesen Weg erachte ich als sinnvoll.

Der FDP-Fraktion möchte ich beliebt machen, von den vorgeschlagenen 3,3 Mio. Franken Einsparungen Gebrauch zu machen. Wenn die FDP-Fraktion die Einsparungen von Fr. 600'000.-- noch ohne Leistungsabbau vornehmen kann, so bitte ich um eine kurze Demonstration. Als dann könnten wir den Änderungsantrag ebenfalls unterstützen.

Walter Bruderer (FORUM): Demnächst kennen wir zwei neue Gemeinderatsmitglieder - ich bin grosser Hoffnung über die eingebrachten Sparideen und deren Umsetzung.

In der Privatwirtschaft musst du immer glänzen - den sogenannten "7-Siech" markieren. Die Dienstleistungen wurden eingeführt. Es wurde bemerkt, dass das Ganze etwas kostet. Da muss die Verwaltung den Hebel ansetzen und die Departementsvorstehenden sowie die Abteilungsleitenden haben finanzielle Verbesserungen aufzuzeigen. Wir wollen nicht, dass im Jahr 2015 kein Eigenkapital mehr zur Verfügung steht.

① Abschreibungsgrundsatz

Die ganze Abschreibungspraxis ist falsch. Als Privatperson kann ich auch nicht alle Jahre 10 % Abschreibungen vornehmen. Der Bestand ist vorhanden und die Abschreibungen werden oftmals auf 30 Jahre vorgenommen. Die Abschreibungsregelungen sind jedoch rechtlich klar festgelegt worden und eine Systemabweichung wird nicht einfach zu vollziehen sein.

Departementsvorsteherin FS Ursula Lüthy (Grüne): Besten Dank für die vielen engagierten Voten. Über den Änderungsantrag Nr. 2 der EVP-Fraktion hat das Parlament am Schluss der Debatte zu befinden, da dieser keinen Einfluss auf das vorliegende Budget nimmt.

Rund 95 % der Ausgaben sind "gebundene Ausgaben". Wenn nun bei den restlichen 5 %, noch wie von der SVP- und FDP-Fraktionen vorgeschlagen, rund 1 % Einsparungen vorgenommen werden sollen, so ist der Handlungsspielraum gering. Die gelbe Liste "Wiederkehrende freiwillige Beiträge und Leistungen" deklariert unseren Handlungsspielraum. Der grösste Teil der Aufgaben und der Projekte auf dieser Liste sind GGR-Beschlüsse. Das Parlament soll bitte explizit die Kürzungen beschliessen!

Mit der Bevölkerungsfluktuation sind der Gemeinde gewisse Steuererträge entgangen. Am stärksten ist der Unterschied im Jahre 2006 bei den abfliessenden Steuererträgen zu den neuzuziehenden gewesen. In der Zwischenzeit konnte eine Verbesserung festgestellt werden. Die neuen Wohnbauquartiere haben wesentlich zur Verbesserung beigetragen. Im Finanzplan können detaillierte Zahlen eingesehen werden.

Zu beachten gilt es auch, dass das Budget 2011 tiefer als das Budget 2010 ausfällt (ca. 1,25 Mio. Franken beim Aufwand). Jedoch muss bei den Erträgen ein Minus von 3,25 Mio. Franken zur Kenntnis genommen werden.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Es liegen vier Anträge vor - davon sind zwei Änderungsanträge und zwei Rückweisungsanträge. Zuerst stimmen wir über die beiden Rückweisungsanträge ab. Ich zitiere nochmals deren Wortlaut.

Die SVP-Fraktion beantragt **Rückweisung des Geschäftes** mit dem Auftrag an den Gemeinderat:

- 1. Den vorgelegten Voranschlag 2011 zu überarbeiten und den budgetierten Aufwandüberschuss von Fr. 4'566'655.-- um Fr. 1'000'000.-- zu reduzieren. Die SVP-Fraktion erwartet vom Gemeinderat, dass dieser die Sparvorgabe in Zusammenarbeit mit den Abteilungsleitern ihrer Departemente umsetzt. Sie macht keine Vorgaben, in welchen Bereichen gespart werden soll. Dies ist eine Führungsaufgabe der Exekutive.*
- 2. Der Gemeinderat wird auch beauftragt, ab dem Budgetjahr Jahr 2012 zielgerichtet Einsparungen von 2 % auf dem Gesamtaufwand gemäss Finanzplan für die Jahre 2011 - 2015 vorzunehmen.*

A b s t i m m u n g

Der Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion wird mit 23 zu 11 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Der Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion lautet wie folgt:

1. *Der Voranschlag der laufenden Rechnung für das Jahr 2011 ist zurückzuweisen. Verbunden mit dem Auftrag, den Aufwandsüberschuss auf max. 3,95 Mio. Franken zu begrenzen.*
2. *Vorausblickend ist ebenso der Voranschlag für das Jahr 2012 in Anlehnung an den vorliegenden Finanzplan (Seite 66) auf einen Aufwandsüberschuss von max. 3,65 Mio. Franken zu begrenzen.*
3. *Der Personalkostenaufwand ist bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode gemäss Stand per Ende 2010 zu plafonieren.*
4. *Mit Wirkung ab 1.1.2011 ist beim Personalbereich mit Ausnahme von Führungskräften bei natürlichen Abgängen wie Pensionierungen, Kündigungen oder Ableben mittels internen Lösungsbemühungen generell von Neuanstellungen abzusehen.*

A b s t i m m u n g :

Der Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion wird mit 23 zu 11 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Wir können mit der Detailberatung beginnen. Die Detailberatung zum Voranschlag 2011 wird nicht gewünscht.

Wir können die Detailberatung zu den drei Produktegruppenelementen vornehmen. Wir starten mit der Produktegruppenelementdefinition der Abteilung Vormundschaft/Justiz. Die Detailberatung wird nicht gewünscht.

Als nächstes liegt die Produktegruppenelementdefinition der Abteilung Öffentliche Sicherheit vor.

Heinz Gfeller (FDP): Ich möchte darauf hinweisen, dass die Versuche von WoV in einem langjährigen Projekt vorbereitet wurden. Diese Versuche sollen nun vollzogen werden. Es ist Tatsache, dass WoV mit einem Globalbudget ausgerüstet ist. Ich bitte deshalb den Rat, die WoV-Versuche wie vorliegend anzunehmen. Die GPK hat die Versuche mit den entsprechenden Sachbearbeitern besprochen. Wir sind zum Schluss gekommen, die Pilotphase durchzuführen. In drei Jahren haben wir ein sauberes Resultat zur Hand, welches mit der Gemeindefinanzrechnung verglichen werden kann. Ich bitte den Rat, alle drei WoV-Vorlagen anzunehmen.

Walter Bruderer (FORUM): Wir GPK-Mitglieder haben eine sehr wichtige Aufgabe wahrzunehmen. Wir sind inskünftig bereits in der Budgetierungsphase mit einzubeziehen. Mit dem Änderungsantrag Nr. 1 will ich die Einführung von WoV nicht verhindern. Jedoch sind die ersten Erkenntnisse abzuwarten. Dazu möchte ich von David Keller eine entsprechende Stellungnahme hören.

David Keller (Projektleiter BVR): Das sind drei Pilotprojekte und die sind dazu da, während zwei Jahren Erfahrungen zu sammeln. Anschliessend hat das Parlament zu entscheiden, ob

WoV flächendeckend eingeführt werden soll oder nicht. Wie in den Botschaftsunterlagen erwähnt wird, handelt es sich hier lediglich um eine Testphase.

① Votum Globalbudget zu "normalem" Budget

Zur Zeit arbeiten wir mit zwei Budgets, d. h. das normale und bekannte Budget und das sogenannte "Globalbudget". Es macht keinen Sinn, das Budget bereits heute komplett umzustellen. Die totale Umstellung erfolgt mit dem Entscheid der flächendeckenden Einführung von WoV.

Walter Bruderer (FORUM): Besten Dank für die Antwort. Ich ziehe den **Änderungsantrag Nr. 1** zurück.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Zur Produktegruppendefinition "Liegenschaften" liegen keine Wortmeldungen vor. Somit können wir die Schlussabstimmung, wie in der Botschaft abgebildet, vornehmen.

Heinz Gfeller (FDP): Ich stelle den **Ordnungsantrag**, dass über die zwei Beschlusspunkte (1 = Budget und 2 = WoV) getrennt abgestimmt wird.

A b s t i m m u n g :

Der Ordnungsantrag von Heinz Gfeller (FDP) wird mit 15 zu 14 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Über den gemeinderätlichen Antrag, wie in der Botschaft abgebildet, hat das Parlament zu befinden. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 23 zu 7 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Die Steueranlagen für das Jahr 2011 werden wie folgt festgesetzt:
 - für die der Staatssteuer unterliegenden Steuerfaktoren (Einkommen, Gewinn, Vermögen, Kapital und Vermögensgewinn) das 1,65-fache des gesetzlichen Einheitsansatzes;
 - für die Liegenschaftssteuer 1,2 %o des amtlichen Wertes;
 - für die Feuerwehr-Ersatzsteuer 3,4 % des Staatssteuerbetrages, höchstens Fr. 200.--;
 - für die Hundetaxe Fr. 100.-- pro Tier; Blinden- und Polizeihunde sind von der Taxe befreit.
2. Die Globalbudgets der Produktegruppendefinitionen: „Selbstgenutzte Liegenschaften“, „Polizeiwesen“ und „Soziale Integration von Kindern und Jugendlichen“ werden genehmigt.

3. Der Voranschlag für das Jahr 2011, abschliessend mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 4'566'655.--, wird genehmigt.
4. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Departementsvorsteherin FS Ursula Lüthy (Grüne): Der Änderungsantrag Nr. 2 der EVP-Fraktion ist gut gemeint und soll helfen, unsere finanzielle Situation zu verbessern. Trotzdem bitte ich den Rat, diesen abzulehnen. Eine Überweisung bedeutet einen Arbeitsaufwand, welcher letztendlich zu keinem Ergebnis führen wird. Das harmonisierte Rechnungsmodell (HRM) legt die Abstimmungsgrundsätze fest. Im Jahre 2014 soll dieses revidiert werden. Dann können die Gemeinden ihre Abschreibungen auf 25 Jahre vornehmen (nicht mehr 10 Jahre). Zurzeit gilt noch die degressive Abschreibung von 10 %. Ausnahmen werden nur in ganz seltenen Fällen bewilligt.

Die Gemeinde Ostermundigen ist nicht auf finanziellen Rosen gebettet. Schon seit längerer Zeit sind die Dornen der Rosen zu spüren. Die Abteilung Finanzen/Steuern hat bereits seit längerer Zeit alle finanziellen Möglichkeiten zur Besserstellung geprüft. Wenn eine Ausnahmebewilligung möglich wäre, so hätten wir diese schon längstens beim AGR beantragt.

Eduard Rippstein (CVP): Wenn der Finanzverwalter beim AGR einen Wunsch deponiert, oder das Parlament dem AGR einen Antrag in Auftrag gibt, so kann dies vom AGR nicht gleich behandelt werden. Ich mache dem Parlament eine Überweisung des Änderungsantrags Nr. 2 beliebt.

Peter Wagner (EVP): Ich bin der Meinung, dass die Gemeinde dem AGR einen Antrag mit Signalwirkung abgibt. Diese Signalwirkung sollte vom Parlament in Auftrag gegeben werden. Der Vorschlag ist bestimmt nicht chancenlos, sondern ein Versuch Wert.

Heinz Gfeller (FDP): Es stellt sich die Frage, ob wir in Zukunft beschönigte Zahlen zur Kenntnis nehmen müssen. Unter der Voraussetzung, dass wir in den nächsten Jahren weitere Investitionsprojekte vornehmen müssen - der GGR hat bereits grosszügige Investitionskredite gesprochen - spielt eine Amortisationsdauer von 10 Jahren keine Rolle. Auf der Stufe Kanton werden bereits Diskussionen zu den Abschreibungsgrundsätzen geführt. Die Ressourcen der Gemeindeverwaltung sollten besser verwendet werden, als beim Kanton die Abschreibungsgrundsätze zu hinterfragen.

Peter Wegmann (FDP): Wollen wir gegen Aussen deklarieren, wie finanziell schlecht es uns geht? Dann zieht erst recht niemand mehr nach Ostermundigen.

1. Vizepräsident Norbert Riesen (SP): Ich möchte an das Votum von Walter Bruderer (FORUM) anknüpfen. Nach langer Interessensabwägung bin ich für das vorliegende Budget 2011.

Der Spardruck und die finanziellen Verbesserungen müssen nach wie vor im Auge gehalten werden. Ich habe nichts gegen den Änderungsantrag der EVP-Fraktion. Doch was bewirkt eine Annahme dieses Änderungsantrages? Wir haben keinen Rappen mehr eingespart und keine finanziellen Verbesserungen vornehmen können. Das einzige was bleibt: die Zahlen werden mit einem kleineren Defizit ausgewiesen. Der Spardruck wird nicht verringert bzw. vergrössert. Wer sich als echter "Sparer" bezeichnet, muss gegen den Änderungsantrag der EVP-Fraktion sein.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Der Grosse Gemeinderat (GGR) hat über den **Änderungsantrag Nr. 2** der EVP-Fraktion abzustimmen:

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Amt für Gemeinde- und Raumordnung AGR den Antrag zu stellen, eine Ausnahme für die harmonisierten Abschreibungen gemäss GV Artikel Nr. 84 wie folgt zu bewilligen:

- Für die Jahre 2011 und 2012: je 6 % harmonisierte Abschreibungen
- Für die Jahre 2013 und 2014: je 8 % harmonisierte Abschreibungen

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 2 der EVP-Fraktion wird mit 24 zu 7 Stimmen abgelehnt.

20.2.00 Allgemeines

65. Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2011 bis 2015; Genehmigung

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Colette Nova (SP): Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion ist bereit, diesen Finanzplan zu genehmigen. Nicht mit Freude, sondern "nolens volens". Und aus den gleichen Gründen wie ich vorher beim Voranschlag (Traktandum Nr. 64) bereits erklärt habe.

Heinz Gfeller (FDP): Steuern sind Zwangsabgaben. Effektives Ausgeben von Steuergeldern ist schwierig, weil das direkte Feedback fehlt. Trotzdem ist vieles nötig und unbestritten. Im Finanzplan wird aufgezeigt, dass unser Eigenkapital ab 2013 aufgebraucht ist. Eine private Firma müsste in diesem Moment Konkurs anmelden und die Bilanz deponieren.

Viele grosse Ausgaben hat der Grosse Gemeinderat (GGR) selber verursacht, nachdem der letztjährige Finanzplan bereits im Büchergestell verstaubt. Natürlich verursachten auch die kantonalen Steuergesetzrevisionen einen Teil der geplanten Defizite. Aber gerade diese spezielle Situation muss unsere Gemeinde motivieren, uns endlich in die Liga der Nachbargemeinden zu heben.

Wir wollen einen Finanzplan ohne Steuererhöhung. Das Behörden- und Verwaltungsreform-Projekt hat lange gedauert, aber schliesslich zu einem kleinen Resultat geführt. Es gilt nun, diese Ansätze konsequent umzusetzen. Jetzt haben wir die Chance, mit Aufwand und Kompetenz einen Finanzplan ohne negatives Eigenkapital zu formulieren. Darum macht die FDP-Fraktion den folgenden **Rückweisungsantrag Nr. 1:**

1. *Der Finanzplan wird an den Gemeinderat zurückgewiesen.*
2. *Der Gemeinderat legt dem GGR bis spätestens Juni 2011 den neuen Finanzplan 2011 - 2015 vor mit den folgenden Rahmenbedingungen:*
 - *Keine Steuererhöhung.*
 - *Das Eigenkapital der konsolidierten Gesamtplanung darf nicht vollständig aufgebraucht werden.*
 - *Der korrigierte Finanzplan soll in erster Linie die Laufende Rechnung entsprechend anpassen in den Bereichen*
 - *Personalkosten*
 - *Sachaufwand*
 - *Ebenso sind die Investitionen zu überprüfen.*

Begründung:

- Es müssen unbedingt Mittel und Wege gefunden werden, die den Personalaufwand nicht überproportional zu der Einwohnerentwicklung steigen lässt.
- Die Sachaufwandziele des Gemeinderates sind obligatorisch einzuhalten!

- Bevor eine Investition freigegeben wird, muss sichergestellt werden, dass ein Nutzen ausgewiesen ist. Ausschliessliches erfüllen irgendeiner übergeordneten Verordnung darf in der angespannten Finanzlage nicht zu problematischen Investitionen führen, die keinen sichtbaren Nutzen zur Folge haben. Die Kosteneinsparungen müssen nachhaltig sein.

Walter Bruderer (FORUM): Auf der Seite 14 „Laufende Rechnung der Finanzplanperiode 2011-2015“ haben wir festgestellt, dass es trotz massiv zunehmender Steuerträge zwischen 2011 und 2015 in keinem Jahr möglich sein wird, die Aufwände auszugleichen oder gar zu übersteigen. Bei gleich bleibender Entwicklung der Steuern wäre erst ab 2016 wieder mit einem Ertragsüberschuss zu rechnen. Zu ergänzen ist zwar, dass in der Regel die Jahresrechnungen wesentlich besser abschliessen als budgetiert. Was nach Aussage von Gemeinderätin Ursula Lüthy für 2010 nicht eintreffen wird.

Angesichts der Finanzentwicklung erwarten wir, dass der Gemeinderat mit allen geeigneten Mitteln versucht, die Aufwände und Erträge ab 2012 so zu gestalten, damit alle Jahresabschlüsse immer besser abschliessen als dargestellt. Echt problematisch würde es aber, wenn die Zunahme der Steuern nicht im erwarteten Ausmass eintreffen würde. Eine Erhöhung der Steuern lehnen wir ab.

Auch den Finanzplan lehnen wir in der jetzigen Form ab. Es darf nicht sein, dass die prophezeiten, noch völlig ungewissen Ertragsverbesserungen Jahr für Jahr nicht ausreichen, um die Aufwände auszugleichen. Die Aufwände dürfen nur höchstens im Rahmen der Teuerung steigen.

Wir werden den Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion (ohne die Detailangaben) unterstützen.

Ernst Hirsiger (SVP): Die SVP-Fraktion beantragt **Rückweisung des Geschäftes (Nr. 2)** mit dem Auftrag an den Gemeinderat:

1. *Den Finanzplan für die Jahre 2011 - 2015 so zu überarbeiten, dass am Ende der Planungsperiode im Jahr 2015 ohne Steuererhöhung kein Bilanzfehlbetrag von 2,8 Mio. Franken ausgewiesen wird. Das Eigenkapital der Gemeinde Ostermundigen soll Ende 2015 als Zielgrösse noch 2 Mio. Franken betragen. Auf keinen Fall darf ein Bilanzfehlbetrag ausgewiesen werden.*
2. *Im Weiteren ist für die Periode 2011 - 2015 eine Stellenplafonierung vorzusehen und die Personalkosten dürfen maximal im Ausmass der Teuerung ansteigen. Personalabgänge dürfen mit Ausnahme von Kaderpositionen nur ersetzt werden, sofern sie für die Erbringung der gesetzlichen Leistungen zwingend erforderlich sind. Bei der anstehenden Behörden- und Verwaltungsreform sind im Personalbereich Synergieeffekte zu nutzen.*

Begründung:

Die Strategie des Gemeinderates zur Verbesserung der Finanzlage der Gemeinde in erster Linie auf ein Bevölkerungswachstum und eine Erhöhung der Steueranlage zu setzen, beurteilt die SVP-Fraktion als einseitig und unausgewogen. Der geplante Bevölkerungszuwachs ist eine unsichere Grösse und führt zu neuen Problemen (Verkehr etc.).

Die Gemeinde Ostermundigen muss ihre Finanzpolitik in Zukunft noch stärker auf die begrenzten Mittel ausrichten. Einsparungen im Gemeindehaushalt sind in den nächsten Jahren zwingend und notwendig. Ein allfälliger Leistungsabbau darf trotz der Frage der Standortattraktivität kein Tabu sein.

Die Gemeinde Ostermundigen ist in einer ähnlichen Situation wie der Kanton Bern: Der Kanton Bern vergleicht sich gerne mit Zürich, Basel und anderen Kantonen. Diese haben durchaus sinnvolle Leistungen im Angebot. Aber im Unterschied zum Kanton Bern können sich diese Kantone die Angebote leisten. Auch die Gemeinde Ostermundigen misst sich gerne mit anderen Gemeinden. Wir haben keine sinnlosen Produkte im Dienstleistungsangebot. Trotzdem können wir uns in Ostermundigen nicht alles leisten, was sinnvoll und wünschbar ist.

Rahel Wagner (EVP): Zum vorliegenden Finanzplan will ich nicht mehr viele Worte verlieren. Er wurde in der Geschäftsprüfungskommission genau unter die Lupe genommen und die gestellten Fragen sind ausreichend beantwortet. Zudem kann mit einer langen Rede auch kein besseres Ergebnis erwirkt werden. Der Finanzplan widerspiegelt die Tatsache, dass die Steuergesetzrevisionen des Kantons für die Gemeinden eine unmögliche Situation geschaffen haben. Wir können nur hoffen, dass die eingereichte Initiative „Faire Steuern - für Familien“ vom Volk angenommen wird, um das Schiff noch rechtzeitig wieder auf Kurs zu bringen. Ich empfehle den SVP- und FDP-Fraktionen, diese Initiative ebenfalls zu unterstützen. Damit wären nämlich die Forderungen nach einem ausgeglichenen Budget und einem Eigenkapital, welches nicht unter Null sinkt, erfüllt.

Eduard Rippstein (CVP): Die CVP-Fraktion wird dem vorliegenden Finanzplan zustimmen. Mit den beiden Rückweisungsanträgen habe ich gewisse Sympathien. Aber ich sehe das Ganze ein wenig anders:

① Steuererhöhung

Es ist völlig unverantwortlich, wenn wir uns zu Tode sparen und die Ruinen der nächsten Generation überlassen. Wir müssen das, was wir verursachen, selber finanzieren.

Ich hätte einen Vorschlag an den Gemeinderat: Im nächsten Jahr sind die Fraktionspräsidenten vor der Budgetdebatte an einen runden Tisch einzuladen, um die Eckpunkte vorgängig zu besprechen.

Bruno Grossniklaus (SP): Ich verstehe die Sorgen der FDP-Fraktion. Aus ökonomischer Sicht sollte die Gemeinde Ostermundigen zwei Steuerzehntel (ca. 4 Mio. Franken) für Katastrophenfälle in Reserve halten. Gemäss Finanzplan unterbieten wir diesen Grundsatz klar.

Die FDP- und SVP-Fraktionen unterbreiten uns bereits eine Lösung, die da heisst "sparen". Wo können wir sparen? Entweder bei Kleinigkeiten, welche sich finanziell kaum auswirken, oder bei Grossinvestitionen, welche wichtig für die Gemeindeentwicklung sind. Wollen wir uns wirklich in das eigene Fleisch schneiden? Ich kann das nicht verantworten und aus diesem Grund werde ich dem Finanzplan auch zustimmen. Eine Steuererhöhung ist für mich kein Ding der Unmöglichkeit.

Beat Leumann (FDP): Es ist erstaunlich, wie das Parlament so schnell schwankt: Von Einsparungen bis zu einer Steuererhöhung.

Im Finanzplan fehlt mir das Projekt "Tram Region Bern". Das wird sicher beträchtliche Kosten verursachen. Doch niemand will mit den Finanzzahlen hervorrücken. Wenn diese vorliegen, wird die Finanzsituation nochmals ganz anders aussehen und wir können uns einer massiven Steuererhöhung (oder einer Fusion mit der Stadt Bern) nicht mehr erwehren.

Departementsvorsteherin FS Ursula Lüthy (Grüne): Eine Steuererhöhung steht heute Abend nicht zur Debatte. Eine mögliche Steuererhöhung um 0,5 Steuerzehntel wird im Finanzplan detailliert aufgezeigt. Dieses Thema ist immer sehr heikel. Wir können die Steuererträge nicht höher zaubern. Eine Steuersenkung auf das Niveau der Stadt Bern kann ich nicht portieren. Bereits anlässlich der letzten Budgetdebatte (GGR vom 10.12.2009) wurde dieses Thema (inkl. Postulat der SVP-Fraktion - siehe Traktandum Nr. 85) ausführlich diskutiert. Unsere Voraussetzungen sind anders.

Ich bitte den Grossen Gemeinderat, dem Finanzplan als rollende Planung und Arbeitsinstrument zuzustimmen. Die aufgeführten Beträge sind durchwegs vom Parlament beschlossene Kredite.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Zu zwei Voten kann ich noch anfügen:

① Personalaufwand

Die Entwicklung der Personalkosten wird auf Seite 14 abgebildet: Wir rechnen mit 18,5 Mio. Franken im Jahre 2011 und 19,5 Mio. Franken im Jahre 2015. In fünf Jahren wird mit einer Zunahme von knapp 5 % kalkuliert. Das ist ein sportliches Ziel, welches sich der Gemeinderat gesetzt hat. Bei den Steuererträgen rechnen wir mit einem deutlich stärkeren Wachstum. Das Wachstum beim Personalaufwand entspricht in etwa dem Bevölkerungszuwachs. Die Sparideen hat der Gemeinderat auch bei den Personalkosten einfliessen lassen. Bei Pensionierungen sind die Abteilungsleitenden angehalten, die Organisation und die Stellenbesetzung besonders gründlich zu überprüfen und mögliche Einsparungen vorzukehren.

Der geforderte Personalstopp - Personal ausser Führungskräfte sind nicht eins zu eins zu ersetzen - ist nicht umsetzbar. Mitarbeitende bleiben rund 10 Jahre der Gemeinde Ostermundigen treu und d. h. die Fluktuation liegt bei rund 10 % im Jahr. Wenn nun diese 10 % nicht mehr besetzt werden, führt dies zu einer Radikalität, welche nicht umsetzbar ist.

① Tram

Da können wir auf die Spezialfinanzierung "Mehrwertabschöpfung" zurück greifen. Das entsprechende Reglement legt fest, wie diese Gelder explizit einzusetzen sind. Im Finanzplan sind keine Zahlen festgehalten, da die Kosten für das "Tram Region Bern" noch nicht bekannt sind. Das Tram wird jedoch die Finanzplanung nicht aus dem Konzept werfen.

Ich bitte den GGR, dem Finanzplan zuzustimmen. Im nächsten Jahr werden wir hier im Parlament über einen neuen Finanzplan mit neuen, aktualisierten Finanzzahlen diskutieren können.

Departementsvorsteherin FS Ursula Lüthy (Grüne): Ich kann noch anfügen:

① Votum Ernst Hirsiger (SVP)

"Wir können uns nicht alles leisten, was sinnvoll und wünschbar sei." Es ist immer wieder ein Abwägen und eine Gratwanderung, was wir uns leisten können. Wir können uns sicher nicht alles leisten, was wünschbar ist. Doch wir sollten uns das leisten, was sinnvoll ist.

① Votum Eduard Rippstein (CVP)

Der Vorschlag "Einberufung runder Tisch mit Fraktionspräsidenten" ist eine gute Idee und sollte umgesetzt werden.

Ernst Hirsiger (SVP): Ich möchte noch eine Präzisierung anbringen: Die SVP-Fraktion hat keinen Personalstopp verlangt. Die Kadermitarbeitenden können immer ersetzt werden und alle Mitarbeitenden, welche zwingend gesetzliche Aufträge erledigen, können auch ersetzt werden.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Über die beiden Rückweisungsanträge hat der GGR abzustimmen. Ich verlese die beiden Anträge nochmals. Der **Rückweisungsantrag Nr. 1** der FDP-Fraktion lautet:

1. *Der Finanzplan wird an den Gemeinderat zurückgewiesen.*
2. *Der Gemeinderat legt dem GGR bis spätestens Juni 2011 den neuen Finanzplan 2011 - 2015 vor mit den folgenden Rahmenbedingungen:*
 - *Keine Steuererhöhung.*
 - *Das Eigenkapital der konsolidierten Gesamtplanung darf nicht vollständig aufgebraucht werden.*
 - *Der korrigierte Finanzplan soll in erster Linie die Laufende Rechnung entsprechend anpassen in den Bereichen*
 - *Personalkosten*
 - *Sachaufwand*
 - *Ebenso sind die Investitionen zu überprüfen.*

Der Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion steht dem Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion gegenüber. Der **Rückweisungsantrag Nr. 2** der SVP-Fraktion lautet:

Die SVP-Fraktion beantragt Rückweisung des Geschäftes mit dem Auftrag an den Gemeinderat:

1. *Den Finanzplan für die Jahre 2011 - 2015 so zu überarbeiten, dass am Ende der Planungsperiode im Jahr 2015 ohne Steuererhöhung kein Bilanzfehlbetrag von 2,8 Mio. Franken ausgewiesen wird. Das Eigenkapital der Gemeinde Ostermundigen soll Ende 2015 als Zielgrösse noch 2 Mio. Franken betragen. Auf keinen Fall darf ein Bilanzfehlbetrag ausgewiesen werden.*
2. *Im Weiteren ist für die Periode 2011 - 2015 eine Stellenplafonierung vorzusehen und die Personalkosten dürfen maximal im Ausmass der Teuerung ansteigen. Personalabgänge*

dürfen mit Ausnahme von Kaderpositionen nur ersetzt werden, sofern sie für die Erbringung der gesetzlichen Leistungen zwingend erforderlich sind. Bei der anstehenden Behörden- und Verwaltungsreform sind im Personalbereich Synergieeffekte zu nutzen.

A b s t i m m u n g :

1. Der Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion erhält 9 Stimmen.
2. Der Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion erhält 7 Stimmen.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Als nächster Schritt hat der Grosse Gemeinderat (GGR) über den Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion abzustimmen:

A b s t i m m u n g :

Der Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion wird mit 17 zu 15 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Auf die seitenweise Detailberatung des Finanzplans wird verzichtet. Somit hat der GGR über den gemeinderätlichen Antrag abzustimmen.

Der GGR fasst mit 19 zu 15 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Der Finanzplan für die Jahre 2011 bis 2015 wird genehmigt.

10.22.1.46	UeO „Chrüzweg“ Einzonung Gartencenter (früher: 10.2246)
10.4.42	Liegenschafts- und Landbeschaffung (Erwerb von Miete / Pacht)
42.1.01	Allgemeines

66. Orientierung des Gemeinderates

a) Gartencenter Wyss; Spatenstich im Frühjahr 2011

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Den Medien konnte entnommen werden, dass die Gemeinde Ittigen die Beschwerde nicht an das Verwaltungsgericht weiter ziehen wird. Die Zonenplanänderung, verbunden mit der Baubewilligung für das Gartencenter, ist somit rechtskräftig geworden. Der Spatenstich erfolgt im Frühling 2011 und die Eröffnung findet im Frühling 2012 statt.

b) Verwaltungszentrum: Poststrasse 6 - Mietofferte

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Im Mai 2010 habe ich das Parlament letztmals über den Stand des Geschäftes orientiert. Der Investorenwettbewerb für ein Verwaltungszentrum in der Küntigrube wurde nicht weiter verfolgt, da in der Liegenschaft Poststrasse 6 Räumlichkeiten frei wurden. Der Gemeinderat hat die Verhandlungen mit der Eigentümerschaft Poststrasse 6 aufgenommen und eine Mietlösung kann offeriert werden. Die Offerte ist in der Zwischenzeit eingetroffen. Der Gemeinderat beabsichtigt, die Verhandlungen mit der Eigentümerschaft weiter zu führen. Sollte die Einigung erreicht werden, setzt die Unterzeichnung des Mietvertrages die Zustimmung des Soveräns voraus. Ein Umzug an die Poststrasse 6 könnte im Jahre 2012 Tatsache werden.

c) Gemeindebetriebe; Auslagerungsüberprüfung

Departementsvorsteher GBT Synes Ernst (CVP): In der Botschaft zur Teilrevision der Gemeindeordnung, Änderungen aus der Behörden- und Verwaltungsreform, die der Grosse Gemeinderat an der letzten Sitzung vom 18. November 2010 behandelt hat, hiess es unter anderem (Seite 9/10): *"Der Gemeinderat prüft die Überführung der Gemeindebetriebe (Wasser, Abwasser) in eine öffentlich-rechtliche Anstalt. Falls die Behörden sich zu diesem Schritt entschliessen, ist eine Revision der Gemeindeordnung nötig; die Volksabstimmung würde 2012 stattfinden."*

Der Gemeinderat hat in der Zwischenzeit entschieden, auf die angekündigte Prüfung der Frage zu verzichten. Die Gemeindebetriebe bleiben in der Verwaltung integriert, und die Umsetzung des TP2 der Behörden- und Verwaltungsreform (Zusammenlegung der Abteilungen Tiefbau und Gemeindebetriebe) findet wie beschlossen statt. Innerhalb dieses Rahmens sind Überlegungen durchaus angebracht, ob und wie allenfalls Strukturanpassungen die Erfüllung dieser wichtigen Gemeindeaufgabe noch effizienter gestalten könnten.

Diverse Persönliche Erklärungen

Thomas Wegmüller (SVP): Urs Rüedi hat sich entschlossen, den Gemeinderat per Ende Jahr zu verlassen. Wir nehmen deine Entscheidung mit vielen Tränen in den Augen zur Kenntnis. Urs (der Bär) ist ein starker Typ und hat gute Leistungen vollbracht. Wir möchten dir im Namen sämtlicher Parlamentsmitglieder den besten Dank für die vielen Stunden in der Ostermündiger Behörde aussprechen.

----- **A p p l a u s** -----

Departementsvorsteher VJ Urs Rüedi (SVP): Merssi viu Mau für die lobenden Worte. Die letzte Parlamentssitzung möchte ich mit einem grossen Dank an euch allen nutzen. Ich konnte stets auf ein gutes Einvernehmen zurückgreifen. Die Zeit als Behördenmitglied von Ostermundigen habe ich stets als bereichernd empfunden. Auch der ganzen Verwaltung möchte ich für die Unterstützung bestens danken. Ich wünsche meinem Nachfolger Erich Blaser die gleiche Wertschätzung von Seiten der Verwaltung wie von der politischen Seite. Erich, toi, toi, toi bei der Erfüllung der Aufgaben in der Exekutive.

----- **A p p l a u s** -----

Markus Truog (SVP): Wir möchten Lucia Müller für den grossen Einsatz als Ratspräsidentin sowie die kompetente Geschäftsführung während den letzten sechs Sitzungen uns aller besten Dank aussprechen.

2. Vizepräsident Michael Werner (FDP): In der vorgängig verteilten Broschüre "Willkommen in Ostermundigen" hat es auf Seite 9 (Ferienordnung der Schulen und Kindergärten) diverse Fehler. Die Schülerinnen und Schüler haben sage und schreibe vom 24. Dezember 2010 bis 8. Juli 2011 Ferien!

Die Angaben zu den Frühlings- und den Winterferien können nicht stimmen. Die notwendigen Korrekturen sind vorzunehmen.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Vielen Dank für die vielen Geschenke die ich entgegen nehmen durfte.

Vor fast genau einem Jahr habt Ihr mir euer Vertrauen ausgesprochen und mich in dieses Amt gewählt. Ich darf mich noch einmal dafür bedanken und hoffe sehr, ich konnte diesem

Vertrauen im vergangenen Jahr auch gerecht werden und Ihr seid mit meiner Arbeit zufrieden gewesen.

Mir hat dieses Amtsjahr sehr viel Freude bereitet. Am Anfang - ich gebe es zu, war auch mir etwas mulmig und es war nicht immer einfach, bei der Sitzungsvorbereitung zu erahnen, was von Eurer Seite zu erwarten sein könnte. Von jedem Geschäft musste ich doch soweit Kenntnis erlangen, um im Notfall auch einen Stichtentscheid zu fällen, den ich dann auch hätte verantworten können. Es gab Geschäfte, da wäre dies für mich klar gewesen - etwa bei der heiss umstrittenen Beschaffung einer neuen ADL für unsere Feuerwehr. Aber dann gab es auch Entscheide, bei denen ich gleich mehrere verschiedene Hüte anziehen musste und jeder von diesen Hüten empfahl mir einen andern Entscheid. Ich denke hier z. B. an die Debatte um die Einführung einer speziellen Sekundarklasse. Ihr habt mich aber vor solchen Entscheidungen bewahrt und es ist gut so, wie es gekommen ist.

Danken möchte auch ich dem Büro des GGR, bei dem ich immer auf volle Unterstützung zählen durfte. Der Ratssekretär stand mir immer mit Rat und Tat zur Seite wenn ich Fragen oder Unsicherheiten hatte. Und ich darf sagen: Er hat seinen Laden voll im Griff! Norbert Riesen als 1. Vizepräsident war immer konzentriert beim Geschäft dabei und leistete wertvollen Support wenn es darum ging, Anträge für die Abstimmungen zu sortieren - herzlichen Dank auch dir, Norbert

Das, was Urs Rüedi über die "eingeschlafene" Zusammenarbeit der Parteien geäussert hat, das stellten wir auch im Büro des GGR fest und deshalb hat das Büro an seiner letzten Sitzung alle Fraktionspräsidien zu einem Gedankenaustausch eingeladen. Ich habe angeregt, dass der Ratspräsident eine solches Treffen mindestens einmal im Jahr weiterführt, um den Austausch und die Zusammenarbeit zu fördern.

Eine besondere Freude war es mir, den Ratsausflug für Euch zu organisieren und ich denke doch, dass dieser trotz laufenden Nasen hier und dort einen positiven Eindruck bei euch hinterlassen hat.

Ein besonderer Moment war für mich auch unsere kleine Gedenkfeier für den verstorbenen Egon Julmi und auch heute gilt ihm ein besonderer Gedanke.

Als sehr angenehm habe ich die Zusammenarbeit mit den Vertreterinnen und Vertretern der Presse empfunden und möchte mich auch bei Ihnen dafür bedanken.

Euch, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen danke ich ebenfalls - für Euer engagiertes Debattieren hier in diesem Ratssaal und für den doch im Grossen und Ganzen sehr geordneten Verlauf der sechs Sitzungen unter meiner Leitung. Das kommende Jahr wird auf jeden Fall auch für das Parlament ein spannendes. Ich wünsche dem neuen Büro viel Erfolg, ich weiss, dass es ein gutes Team sein wird!

Als kleines Präsent habe ich auf den Ratstischen ein Fläschlein aus meiner Heimat "Appenzeller" verteilen lassen. Dieser Alpenbitter kann nach dem Racletteessen (wenn nötig) eingenommen werden - Prost.

Ich wünsche Euch nun einen besinnlichen Ausklang dieses Jahres 2010 und würde mich freuen, viele von Euch am 1. Januar hier in diesem Saal beim traditionellen Neujahrsapéro wieder zu sehen, um mit Euch auf ein erfolgreiches Jahr 2011 anstossen zu können.

Und für das kommende Jahr wünsche ich Euch viel Glück!

Glück, das ist
Lebensfreude und Glaubensmut
Zuversicht und Gelassenheit
Zufriedenheit und Unternehmenslust

Glück, das ist:
Sonne genug
Wind genug
Regen genug

Damit wir blühen können
Zur Ehre Gottes und
Zur Freude der Menschen.

Jürgen Werth

Quelle: "Wie schön dass du da bist"

Verlag St. Johannis-Druckerei; Lahr/de, 2.Auflage 1995

ISBN 3-501-05911-6

Wir treffen uns also anschliessend im alten Restaurant Schützenhaus oben, um diesen Abend und damit das vergangene Jahr bei unserem traditionellen Racletteessen abzuschliessen.